

Vorlage der Stadt Speyer



Vorlagen-Nr.: 0512/2011

Abteilung: Fachbereich 1
Stadtverwaltung

Bearbeiter/in: Stadtratsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Haushaltswirksamkeit: nein ja, bei Produkt: Gesamthaushalt

Beratungsfolge	Termin	Behandlung	Beratungsstatus
Stadtrat	12.05.2011	öffentlich	Beschlussfassung
Stadtrat	23.08.2012	öffentlich	Information

**Betreff: Green-IT und Leitfaden für ökologische, faire und soziale Beschaffung;
Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.04.2011**

Die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hat den beiliegenden Antrag bei der Verwaltung eingereicht.

Anlagen:

externes Dokument – Antragsschreiben vom 29.04.2011
(eingegangen per E-Mail am 02.05.2011).



[B'90/Die Grünen, Löwengasse 27, 67346 Speyer]

Herrn
Oberbürgermeister
Hansjörg Eger
Maximilianstrasse 100

67346 Speyer

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion

Klaus-Dieter H. Schütt
Löwengasse 27
67346 Speyer

Speyer, den 29.04.2011

Betr. :

Green-IT und Leitfaden für eine ökologische, faire, und soziale Beschaffung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Eger,

wir bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Stadtratssitzung am 12.05.2011 zu setzen:

- 1. Die Verwaltung wird zukünftig bei der IT-Beschaffung neben der Wirtschaftlichkeit auch ökologische, faire, und soziale Kriterien als wesentliche Zuschlagskriterien berücksichtigen.**
- 2. In der ersten Stadtratssitzung im Jahr 2012, stellt die Verwaltung dem Stadtrat ein Konzept zur Umsetzung vor. Es soll Aussagen darüber enthalten, welche ökologischen, fairen und sozialen Kriterien bei der zukünftigen IT-Auftragsvergabe angewendet werden sollen und wie die praktische Umsetzung im Vergabeprozess aussehen wird.**
- 3. Langfristig sollen für alle Bereiche der öffentlichen Beschaffung der Stadt ökologische, faire und soziale Kriterien erarbeitet werden. Dazu wird die Verwaltung beauftragt, dem Stadtrat bis zur Sommerpause 2012 einen entsprechenden Leitfaden vorzulegen.**
- 4. Die bereits in der Stadtratssitzung vom 25.02.2010 beschlossenen Maßnahmen zur Verhinderung des Kaufs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit sollen, sofern noch nicht speziell erarbeitet, in dem Leitfaden übernommen werden.**

Begründung

Informations- und Kommunikationstechnologien verbrauchen derzeit in Deutschland etwas mehr als 10% des Gesamtstrombedarfs. Das Ergebnis einer vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie erstellten Studie aus dem Jahr 2009, rechnet mit einer Zunahme des Verbrauchs in Höhe von 20% allein bis zum Jahr 2020.

Die zunehmende Digitalisierung der Verwaltung, macht Computer und andere IT-Technologien zu einem unverzichtbaren Bestandteil jeder Dienststelle. Öffentliche Einrichtungen kaufen jährlich etwa ein Fünftel aller in Deutschland verkauften Computer. Die Herstellung von Computern geschieht oft unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen und zieht zum Teil erhebliche Umweltschäden nach sich. Seit einigen Jahren gibt es immer mehr Aktivitäten um dieser Entwicklung entgegenzusteuern.

Auch aus diesem Grund ist es für Bündnis 90/Die Grünen unverzichtbar, die Chancen zu nutzen, die die im Juli 2010 beschlossene **Novellierung der Vergabeordnung** eröffnet hat. Sie ermöglicht weitere **ökologische, faire und soziale Kriterien** bei der Vergabe von Aufträgen aufzustellen und anzuwenden.

Als öffentliche Auftraggeber besitzen Kommunen ein enormes wirtschaftliches Potenzial und üben zugleich eine wichtige Vorbildfunktion aus. Kommunen sind für rund die Hälfte der 350 Mrd. Euro, die bundesweit für die öffentliche Beschaffung durch Bund, Länder und Kommunen ausgegeben werden, verantwortlich. Das sind über 4.200 Euro pro Bürger und Jahr.

Mit "IT goes green" hat z. B. das Bundesumweltministerium einen neuen Förderschwerpunkt im Umweltinnovationsprogramm in Höhe von 25 Mio. € eingerichtet, Es soll dazu beitragen, die Informations- und Kommunikationstechnik energie- und ressourceneffizienter zu gestalten.

Das Bundesumweltministerium hat gemeinsam mit dem Umweltbundesamt, dem Beschaffungssamt des Bundesinnenministeriums und dem Verband BITKOM eine Reihe von Leitfäden für die umweltfreundliche Beschaffung im IT-Bereich erarbeitet. Diese sollen Beschafferrinnen und Beschaffer dabei unterstützen, Umweltaspekte zu berücksichtigen.

Ökologische Kriterien sind neben dem Energieverbrauch auch ressourcenschonende Aspekte wie die Recyclingfähigkeit, eine modulare Bauweise, eine Verminderung der Verpackungsvolumina, eine Rücknahmegarantie und eine gesicherte umweltgerechte Entsorgung.

Als Mindestanforderungen für die sozialen und gesundheitlichen Kriterien sollten zumindest folgende Kernarbeitsnormen der ILO berücksichtigt werden:

*Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen (Konventionen 87 und 98),
Abschaffung der Zwangsarbeit (Konventionen 29 und 105),
Abschaffung der Kinderarbeit (Konventionen 138 und 182) ,
Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf (Konventionen 100 und 111),
Recht auf existenzsichernde Löhne (Konvention 131) und
Recht auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen (Konventionen 115, 155 und 170)*

Fairer Handel ist wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit und zugleich Förderung des Gemeinwesens vor Ort. Kreise, Städte und Gemeinden können die Ziele des Fairen Handels unterstützen, indem sie zum Beispiel fair gehandelte Produkte einkaufen und auf Güter verzichten, die durch ausbeuterische Arbeit oder unter Verletzung sozialer Mindeststandards hergestellt werden. Durch ein Engagement in diesem Zukunftsthema, können Kommunen einen wichtigen Beitrag zu einer gerechteren Handelsordnung leisten und zugleich ihr entwicklungspolitisches Profil stärken.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Johannes Jaberg
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen

Klaus Schütt
Stadtrat
Fraktion Bündnis90/Die Grünen

eingegangen per E-Mail

Quellen:

<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/Wirtschaftspolitik/oeffentliche-auftraege.did=190878.html>

<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/S-T/Sozialbelange.property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>

<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/U/Umweltbelange.property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>

<http://goodelectronics.org/>

<http://www.umweltbundesamt.de/produkte/beschaffung/informationen/allgemeines.html>

<http://www.itk-beschaffung.de/>

http://www.pcglobal.org/files/leitfaden_090324_klein.pdf

<http://www.service-eine-welt.de/beschaffungswesen/beschaffungswesen-start.html>

<http://www.staedtetag.de/10/schwerpunkte/artikel/00008/zusatzfenster60.html>

**Gegenstand: Green-IT und Leitfaden für ökologische, faire und soziale Beschaffung;
Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.04.2011
Vorlage: 0512/2011**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die mündliche Begründung des Antrages erfolgt durch Herrn Schütt. Die öffentliche Hand ist ein wichtiger Auftraggeber mit Vorbildfunktion in der Bundesrepublik. Die Kommunen machen mehr als die Hälfte aller öffentlichen Aufträge aus. Zwischenzeitlich wurde auch gesetzlich mehr Rechtssicherheit für eine nachhaltige Beschaffung auf Bundes- und EU-Ebene geschaffen. Der Rat hat mit seinem Beschluss zur Verhinderung ausbeuterischer Kinderarbeit bereits den ersten Schritt zur Umsetzung der Millenniumsziele getan. Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen führt weiter in diese Richtung.

Die neugeschaffene Agenda-Stelle im Umweltdezernat wäre die ideale Schnittstelle, um alle Aktivitäten im Sinne von Nachhaltigkeit und Millenniumserklärung zu koordinieren.

Auf übergeordneter Ebene wurden bereits eine ganze Reihe von Leitfäden und Kriterien erarbeitet, in Speyer muss das Rad nicht neu erfunden werden.

Herr C. Ableiter richtet als Frage an die Antragsteller, wie z.B. das Vereinigungsrecht der Arbeitnehmer und das Recht auf freie Gewerkschaften Beachtung finden sollen. Der überwiegende Teil der IT-Produktion erfolgt in China, wo es keinerlei Arbeitnehmerrechte oder freie Meinungsäußerung gibt. Es sollte bedacht werden, dass es daher erhebliche Einschränkungen bei der Auswahl von Lieferanten geben würde. Sehen Antragsteller und Verwaltung das in dieser Deutlichkeit?

Der Vorsitzende verweist darauf, dass sich die Verwaltung in vielen Bereichen bereits Zusicherungen über die Einhaltung von bestimmten Standards in die Vertragsgestaltungen aufgenommen hat, was z.B. Produkte aus Kinderarbeit angeht. Er hat allerdings Bedenken bezüglich des Zeithorizonts, der in diesem Antrag genannt ist, da die Ausarbeitung eines solchen Handlungsleitfadens umfassend und damit sicherlich sehr zeitaufwändig ist, womit sich wiederum der Bogen zu TOP 1 und dem kürzlich veröffentlichte Interview des Personalratsvorsitzenden in der "Rheinpfalz" schließt. Seine hochmotivierte Verwaltung wird sich dieser Aufgabe stellen, wenn dies gewünscht wird.

Aus Sicht von Herrn C. Ableiter ist heute fast jeder Arbeitsplatz ein PC-Arbeitsplatz. Die Frage der IT-Beschaffung ist daher eine wichtige. Das Land RLP hat einen umfassenden Rahmenvertrag für seine Dienststellen ausgearbeitet, der auch Kriterien des Energiesparens beinhaltet und an dem sich auch die Kommunen beteiligen können. Er formuliert die konkrete Anregung, die Stadt sollte daran teilnehmen. Nach Information des Vorsitzenden beschafft die Stadtverwaltung bereits praktisch die gesamte IT-Hardware aus diesem Rahmenvertrag.

Herr Schütt verweist auf die Erfahrungswerte von rund 250 Kommunen, die inzwischen nach den genannten Kriterien ganz oder teilweise beschaffen. Hinsichtlich der Problematik der Dokumentation gibt es entsprechende Zertifizierungen und Siegel. Ein erster Zwischenbericht über den Sachstand kann Anfang 2012 gegeben werden, wobei der Weg das Ziel ist.

Herr Dr. Wintterle wirft die Frage auf, warum so lange diskutiert wird. Die Ziele im Antrag der Grünen kann man gar nicht in Frage stellen. Wichtig ist die Wertigkeit, die man dabei

ansetzt. Eine hochmotivierte Verwaltung und ein hochmotivierter Oberbürgermeister können sich in dieser Richtung einbringen und einen Leitfaden moderieren, der in zwei, drei Arbeitssitzungen abgearbeitet werden kann.

Für Herrn Jaberg ist die Haltung des Kunden wichtig und die öffentliche Verwaltung ist ein wichtiger Kunde der Wirtschaft.

Der Vorsitzende verweist nochmals auf den gesetzten Termin. Herr C. Ableiter schlägt vor, bis in einem Jahr einen Vorschlag vorzulegen. Der Vorsitzende konkretisiert, dass Ziffer 2 als Termin bis zur Sommerpause 2012 annimmt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Die Verwaltung wird zukünftig bei der IT-Beschaffung neben der Wirtschaftlichkeit auch ökologische, faire, und soziale Kriterien als wesentliche Zuschlagskriterien berücksichtigen.
2. Bis zur Sommerpause 2012 stellt die Verwaltung dem Stadtrat ein Konzept zur Umsetzung vor. Es soll Aussagen darüber enthalten, welche ökologischen, fairen und sozialen Kriterien bei der zukünftigen IT-Auftragsvergabe angewendet werden sollen und wie die praktische Umsetzung im Vergabeprozess aussehen wird.
3. Langfristig sollen für alle Bereiche der öffentlichen Beschaffung der Stadt ökologische, faire und soziale Kriterien erarbeitet werden. Dazu wird die Verwaltung beauftragt, dem Stadtrat bis zur Sommerpause 2012 einen entsprechenden Leitfaden vorzulegen.
4. Die bereits in der Stadtratssitzung vom 25.02.2010 beschlossenen Maßnahmen zur Verhinderung des Kaufs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit sollen, sofern noch nicht speziell erarbeitet, in dem Leitfaden übernommen werden.

**Gegenstand: Green-IT und Leitfaden für ökologische, faire und soziale Beschaffung
- Sachstandsbericht;
Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.04.2011
Vorlage: 0512/2011**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende spricht eingangs an, dass es sich bei diesem Tagesordnungspunkt um eine verspätete Berichterstattung über ein Konzept handelt, das es in dieser Form nicht gibt und das es nach seiner Auffassung so auch nicht geben kann.

Zur Beschaffung von IT-Technik bei der Stadtverwaltung trägt er vor, dass fast ausschließlich über den Rahmenvertrag mit dem Land (LDI) eingekauft wird (in den nächsten 3 Jahren = 150 PCs). Vom LDI werden die Vorgaben des Landes zur nachhaltigen Beschaffung beachtet. Dabei ist Kinderarbeit ausdrücklich ausgeschlossen. Wie die sonstigen Nachhaltigkeitskriterien des Landes aussehen, kann derzeit nicht beantwortet werden, da sie der Stadt (noch) nicht vorliegen.

Vereinzelte, freihändige Einzelbeschaffungen werden in Abstimmung mit dem Softwarehersteller des Betriebssystems getätigt.

Ein ausgesprochenes Konzept zur nachhaltigen Beschaffung existiert nicht, da derzeit an dem übergeordneten Nachhaltigkeitskonzept /-bericht der Stadt gearbeitet wird. Zum Einsatz von Recyclingpapier berichtet der Vorsitzende, dass nach längerer Suche ein geeignetes Papier gefunden wurde, das den Anforderungen der Grünen Genüge leistet und nun schrittweise eingeführt wird, jedoch beim Einscannen von Dokumenten für das Archivsystem nach wie vor Probleme bereitet und keine Freigabe für Urkunden der Bundesdruckerei besitzt. Außerdem wird sich Speyer bei der Kampagne FairTrade Town beteiligen.

Herr Schütt bezeichnet den Vortrag als enttäuschend und niederschmetternd. Es existiert ein klarer Auftrag des Rates, dass keinerlei Produkte aus Kinderarbeit beschafft werden. Insoweit erscheint der bloße Verweis auf die Vergaberichtlinien des Landes etwas dürftig. Die Verwaltung sollte explizit die Ausschreibungsbedingungen und -überwachung nachprüfen und im Zweifelsfall den Rahmenvertrag mit dem Land kündigen.

Im Bereich der nachhaltigen Beschaffung haben sich bereits 170-180 Städte selbst verbindliche Bedingungen gegeben. Das Thema hier mit einigen dürren Sätzen abzuhandeln, ist enttäuschend und entspricht nicht der Beschlusslage. Angesichts dieser Lage kündigt er an, in der nächsten Sitzung einen für die Verwaltung verpflichtenderen Antrag zu stellen.

Herr C. Ableiter bezeichnet es zwar nicht unbedingt als seine Aufgabe, den OB zu unterstützen, er macht jedoch deutlich, dass auch die Verwaltungs-Universität aus dem LDI-Rahmenvertrag beschafft. Seines Wissens schließt das Land Kinderarbeit und soziale Ausbeutung vertraglich ausdrücklich aus; wie das allerdings kontrolliert wird, entzieht sich seiner Kenntnis. Die Grünen können ja diesbezüglich bei der eigenen rot-grünen Landesregierung nachfragen. Vergabe- und Kontrollregularien wurden nach Auskunft des Vorsitzenden vom Land zwar zugesagt, liegen aber noch nicht vor. Sollten sie bis zum Protokollversand eingehen, werden sie diesem beigelegt.

Herr Dr. Jung bezeichnet nachhaltiges Beschaffungswesen als wichtiges Anliegen der Kommune. Hinsichtlich des Rahmenvertrages des Landes für IT-Geräte hat er keine

Bedenken. Er äußert jedoch Unverständnis dafür, warum sich die Stadtverwaltung Speyer mit Recyclingpapier so schwer tut. Das Ministerium in Mainz druckt, scannt und vervielfältigt komplett auf Recycling.

Herr F. Ableiter wirft aus eigener Erfahrung im gewerblichen Sektor ein, dass Recyclingpapier einen Mehraufwand von 10-15 % an Wartungskosten bei den Druckern und Kopierern wegen des höheren Verschleißes und der Staubentwicklung verursacht.

Herr Schütt stellt abschließend fest, dass die Forderung des Rates diesbezüglich einfach nicht erfüllt ist. In Bereichen wie Schutzbekleidung, Bewirtung, Straßenbaumaterialien etc. hätte es innerhalb eines Jahr möglich sein müssen, zumindest Ansätze für einen Leitfaden vorzuweisen; der Zeitrahmen wäre ausreichend gewesen. Sein Angebot einer Mitarbeit wurde nicht abgerufen. Die Bereitschaft der Verwaltung zu Veränderungen auf diesem Gebiet scheint sehr gering ausgeprägt zu sein.